

# Festnahme von jungem Sans-Papiers schlägt Wellen

Politikerinnen und Politiker zeigen sich über die Handlungen der Kantonspolizei Basel-Stadt empört.

Für einen 22-jährigen Sans-Papiers aus Basel endete ein Schulausflug Anfang September im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut (diese Zeitung berichtete am Freitag). Politiker aus der Region reagieren empört. Der Polizei wird Rassismus vorgeworfen, denn einzig der junge Mann mit westafrikanischen Wurzeln wurde kontrolliert. Der Basler SP-Grossrat Beda Baumgartner kritisiert die Festnahme; das Vorgehen stelle das «Grundrecht auf Bildung infrage». In der Tat müsste in der Schweiz eigentlich ein diskriminierungsfreier Zugang zu Bildung gege-

ben sein, sagte Katharina Boerlin, Sprecherin der Basler Anlaufstelle für Sans-Papiers, am Freitag zu dieser Zeitung.

Auch Adrian Plachesi, Sprecher der Kantonspolizei Basel-Stadt, äusserte sich bereits am Freitag und verwies darauf, dass ein Schulausflug nicht vor einer Festnahme schütze – insbesondere dann nicht, wenn es sich um eine erwachsene Person ohne Papiere handle. Auch das kritisiert Baumgartner, denn für ihn gehören Schulausflüge zum Unterrichtsplan. Weiter fordert er eine Stellungnahme des Basler Erziehungsdepartements.

Marcel Colomb, Vizepräsident der SP Basel-Stadt, adressiert seine Kritik an die zuständige Regierungsrätin Stephanie Eyermann, die dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) vorsteht. Er stellt infrage, ob die «inhumane Praxis» des JSD dem Wohl der Allgemeinheit gedient haben könnte: «Geht es deswegen nun irgendjemandem in unserer Stadt besser?»

## Basler Humanistinnen kehren sich im Grab um

«Was für ein Armutszugnis für Basel», twittert SP-Grossrätin Melanie Nussbaumer und

schreibt weiter: «Die Humanistinnen aus Basel drehen sich im Grab um.» Auch Samira Marti, SP-Nationalrätin des Kantons Baselland, geht das Thema nahe: Schliesslich habe sie erst kürzlich mit dem Baselbieter alt Regierungsrat Peter Schmid darüber gesprochen, dass der Zugang zur obligatorischen Schule für Sans-Papiers-Kinder «ein elementarer Fortschritt» gewesen sei. Sie schliesst sich Nussbaumer an und sagt, sie bedauere das Vorgehen der Polizei. Zudem stellt sie fest: «Die Zeit kann sich auch rückwärts drehen. Schade.»

Die Sektion Basel der Gewerkschaft des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) sprach sich gegen die Praxis der Polizei aus. Die Gewerkschaft fordert in ihrer Medienmitteilung, das Erziehungsdepartement und die Polizei müssten «sofort alle notwendigen Schritte ergreifen, damit sich ein solcher Vorfall nie mehr wiederholt».

Für die Gewerkschaft steht fest, dass Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern ein geschützter Raum geboten werden müsse, damit sie sich «auf die Wissensvermittlung konzentrieren können», so der VPOD in

seiner Medienmitteilung. Zudem könne die Handlung der Polizei eine Kettenreaktion auslösen, befürchtet der VPOD. Lehrpersonen müssten sich gut überlegen, ob sie mit der Klasse noch auf Exkursionen gehen wollten oder nicht.

Schlimmer noch wäre, wenn die Lehrpersonen sich plötzlich «Gedanken über den Aufenthaltsstatus ihrer Schülerinnen und Schüler» machen müssten und sie diese infolgedessen unterschiedlich behandeln könnten.

**Ali Ahmeti**